

Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB

Erklärung zur Abstimmung nach § 31

zum Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG), Drucksache 17/1544

Die Bundesregierung hat durch ihr unverantwortliches Verhalten, ihre Verzögerung, ihr Taktieren und die fehlende Einsicht, dass Griechenland dringend unsere Hilfe braucht, unser Land international und in Europa isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt.

Ich halte es für völlig unzureichend, dass die Koalitionsfraktionen nicht bereit sind, entscheidende Maßnahmen zur Vermeidung von zukünftigen Krisen des internationalen Finanzsystems, daraus folgenden Krisen in der Realwirtschaft und Krisen bei den Staatshaushalten zu beschließen.

Die Krise des griechischen Staatshaushalts ist eine Krise, die Bedeutung weit über die kleine griechische Volkswirtschaft hinaus hat. Abgesehen von den hausgemachten Ursachen einer nicht tragfähigen Verschuldung, einer Verschleppung von Modernisierungsprojekten und einer überhöhten Inflationsrate, war Griechenland in den letzten Monaten Spekulationsangriffen der internationalen Finanzakteure ausgesetzt. Wenn die Krise und die Spekulationen nicht eingedämmt werden, besteht die Gefahr, dass ein Flächenbrand entsteht und weitere Länder in den Fokus der Hedgefonds geraten und schließlich die gesamte Währungsunion destabilisiert wird.

Jeder Versuch der Länder der Eurozone oder der Kommission, die Spekulanten durch Hilfszusagen für Griechenland zu stoppen, wurde von der Bundesregierung torpediert. Durch die gebetsmühlenhaften Behauptungen, Griechenland müsse erst einmal seine Hausaufgaben machen und ein Sparpaket vorlegen, wurden die Hilfen in Frage gestellt und die Spekulanten geradezu eingeladen weiter auf einen Staatsbankrott zu wetten.

Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch- und Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutschen Medien über Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken. Der einzige Grund war: sie glaubten, damit in den Landtagswahlen NRW punkten zu können.

Die Hinhaltetaktik der Deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen

getriebene überhöhte Zinsen bezahlt werden müssen, sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang gesetzt werden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen als sie sonst hätten ausfallen müssen.

Bis vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung den Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen SteuerzahlerInnen gut verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die griechische Regierung und das griechische Parlament weitreichende Maßnahmen ergriffen haben sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Sie weigert sich, die Finanzmärkte so zu regulieren, dass Spekulationen eingedämmt werden und vom Finanzsektor künftig keine Gefahren für die Realwirtschaft oder ganze Währungsräume mehr entstehen können. Es ist schwer zu ertragen, dass diejenigen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben auch jetzt wieder von der Krise, in die sie die Eurozone hineinmanövriert haben, von den Hilfsmaßnahmen profitieren werden, weil Deutschland keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternimmt, die Kapitalmärkte zu regulieren und den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen.

Dabei ist es höchste Zeit, dass die Bundesregierung aktiv wird, um die Finanzmärkte zu regulieren, die Finanzakteure an den durch sie verursachten Kosten zu beteiligen und für eine wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU zu sorgen, damit auf Dauer Leistungsbilanzungleichgewichte eingedämmt werden (siehe Forderungen im Entschließungsantrag der SPD). Dies ist im gesamteuropäischen und damit im deutschen Interesse.

Ich bin darüber hinaus der Überzeugung, dass die Mitgliedsstaaten der Währungsunion und Deutschland dringend gefordert sind, der griechischen Regierung jetzt mit dem vereinbarten Hilfspaket zur Seite zu stehen. Die Bundesregierung hat aus meiner Sicht mit ihrer über viele Wochen wahltaktisch bedingten zögerlichen und widersprüchlichen Haltung massiv die bereits verabschiedeten tiefgreifenden Sparmaßnahmen der griechischen Regierung gefährdet. Sie hat es zugelassen, dass der Euro immer stärker unter Druck gerät. Damit wird der Wohlstand der gesamten Währungsunion und damit auch Deutschlands in Gefahr gebracht. Jüngste Herabstufungen Griechenlands, Portugals und Spaniens durch Ratingagenturen zeigen die Dramatik der Situation auf. Hilfe ist nötig, damit diese Entwicklungen gestoppt werden.

Die von Georgios Papandreou geführte sozialdemokratische Regierung in Athen hat im vergangenen Oktober von den Konservativen eine noch nie dagewesene Staatsverschuldung übernommen und das tatsächliche griechische Haushaltsdefizit veröffentlicht. Papandreou hat dadurch die politische Verantwortung für die Missstände der vergangenen Jahrzehnte übernommen. Seitdem befindet sich das Land in einem Rennen gegen die Zeit und gegen die Spekulation. Die griechische Regierung hat in kürzester Zeit eine ganze Serie von Gesetzen mit drastischen Maßnahmen verabschiedet, um die Staatsverschuldung zu verringern.

Diese Reformen werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschen in Griechenland haben. Griechenland benötigt jetzt dringend die Unterstützung der EU-Staaten. Mit meiner Zustimmung zum Gesetz möchte ich ein Zeichen der Solidarität mit dem griechischen Volk setzen.